

Gerda Hasselfeldt, MdB
Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Direktkandidatin der CSU im Wahlkreis Dachau/Fürstenfeldbruck
www.hasselfeldt.de

vielen Dank für die Übersendung des vom Bundesverband mittelständischer Wirtschaft verabschiedeten „Erfurter Manifests“, dessen Einzelpositionen ich mit großem Interesse gelesen habe und zu denen ich hiermit gerne Stellung nehme.

Wie Sie wissen, ist es ein zentrales Anliegen im Regierungsprogramm der Union, Deutschlands Chancen neu zu nutzen und den Weg für mehr Arbeit und mehr Wachstum zu ebnen. Dafür brauchen wir einen neuen Rahmen und neue Perspektiven – gerade für den Mittelstand.

Sie sind es, die etwa die Hälfte aller steuerpflichtigen Umsätze erwirtschaften, rund 70% aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen und mit fast 80 % aller Ausbildungsstellen die stärkste Stütze der beruflichen Aus- und Weiterbildung unseres Landes bilden. Dieses Engagement wird die Union mit einer neuen, mittelstandsfreundlichen Politik sowie einem engen und ernst gemeinten Dialog unterstützen.

Es ist uns ein ehrliches Anliegen, hinderliche Bürokratie und innovationshemmende Vorgaben zu beseitigen. Aus diesem Grund unterstütze ich die grundlegenden Forderungen des BVMW hinsichtlich der Beschränkung staatlicher Tätigkeit. Gerade den Grundsatz des PPP hat die Union im Bundestag mit Nachdruck gefördert. Generell ist der Staat in Zeiten knapper Kassen aufgefordert, Volumen und Art öffentlicher Investitionen zu überdenken, marktwirtschaftlich zu handeln und den Bau neuer Infrastruktur optimal zu beschleunigen.

Auch in der Frage des Bürokratieabbaus sind wir uns einig. Rot-Grün hat es geschafft, den deutschen Gesetzesdschungel weiter zu verdichten und der Wirtschaft notwendigen Raum zur Entfaltung zu rauben. Wir wollen eine Überprüfung der gesetzlichen Vorgaben und ein grundlegendes Durchforsten dort, wo Bürokratie regiert, unverhältnismäßige Berichtspflichten bestehen und EU-Vorgaben übers Maß hinaus umgesetzt wurden. Dies kann und wird im engen Dialog mit der Wirtschaft geschehen.

Grundlegend durchforsten wollen wir auch den Bereich der Steuern. Hier plant die Union in mehreren Schritten eine radikale Vereinfachung, Entschlackung und gerechtere Ausgestaltung des Steuersystems. Dies kommt auch in der Berufung von Prof. Paul Kirchhoff für das Kompetenzteam der Union zum Ausdruck. Dieser Reformmut stärkt unser Land im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb.

Vorfahrt für Arbeit – diesem Grundsatz entsprechend, finden sich im Regierungsprogramm der Union zahlreiche Maßnahmen zur Förderung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Unter anderem senken wir gezielt die Lohnzusatzkosten, sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab und lockern den Kündigungsschutz bei Neueinstellungen. Langzeitarbeitslose sollen zukünftig für 10 % unter Tariflohn eingestellt werden können. All das zusammen schafft Arbeitsplätze.

Sozial ist, was Arbeit schafft – gemäß diesem Grundsatz schaffen wir die wirtschaftlichen Grundlagen, um die soziale Sicherheit in unserem Land nachhaltig zu gestalten. Wir reformieren unser Gesundheitssystem grundlegend und stellen die Rentenversicherung auf

eine neue, zweigleisige Basis. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden um zwei Prozentpunkte gesenkt.

Neue Technologien sind ein Schlüsselfaktor nachhaltigen Wachstums für Deutschland und Grundlage zahlreicher mittelständischer Unternehmen. Aus diesem Grund bekennt sich die Union ausdrücklich zur Förderung dieses Wirtschaftsbereiches – gerade auch im Bereich moderner Biotechnologie. Wir wollen eine vorurteilsfreie Förderung moderner Technologien.

Erfolgreicher Umweltschutz entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit und weiß damit ökologische, ökonomische und soziale Interessen gleichberechtigt zu behandeln. Diesem Grundsatz werden wir uns wieder neu widmen und die Wende hin zu einer Vereinbarkeit von Wirtschaft, Wachstum und Umweltschutz erreichen. Das Regierungsprogramm bietet dafür zahlreiche Ansätze, die auch den Mittelstand entlasten.

Bildung ist der wertvollste Rohstoff unseres Landes – und wir wollen ihn durch erstklassige Bildungssysteme fördern. Deshalb werden wir unsere Politik – in Zusammenarbeit mit den für Bildungspolitik zuständigen Ländern - so gestalten, dass sie junge Menschen dort fordert, wo es notwendig ist und sie dort fördert, wo es möglich ist. Das zusammen ergibt eine gute Grundlage für mehr Bildung, mehr Wissen und damit auch mehr Perspektiven junger Menschen in Deutschland. Der Mittelstand kann an dieser „Bildungsoffensive“ beteiligt werden und den Brückenschlag zur Praxis unterstützen.

Die Hochschulen in Deutschland müssen weiter gefördert, ihr System – wiederum in Kooperation mit den Ländern – weiter modernisiert werden. Studiengebühren dürfen kein Tabu sein, da sie einen wertvollen Beitrag zur Finanzierung unseres Bildungssystems leisten. Wir brauchen einheitliche Bildungsstandards auf hohem Niveau und einen engen Dialog von Lehrstühlen und Wirtschaft.

Gerade Selbstständige im Mittelstand sind Leistungsträger unserer Wirtschaft. Wir werden deshalb alles daran setzen, den Mut zur Existenzgründung gezielter als bisher zu fördern und einen Rahmen zu schaffen, der solches Engagement nicht durch bürokratische Bürden verhindert sondern Initiativen von Anfang an unterstützen.

Ich hoffe, damit ausführlich und ausreichend auf Ihre Fragen geantwortet zu haben und stehe für einen weiterführenden Dialog gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Gerda Hasselfeldt

Gerda Hasselfeldt
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Im Deutschen Bundestag:
Platz der Republik 1
Büro: Dorotheenstraße 100
11011 Berlin

Telefon (030) 227 - 72 497
Telefax (030) 227 - 76 221
E-Brief: gerda.hasselfeldt@bundestag.de

Im Wahlkreis:
Pucher Straße 46
82256 Fürstenfeldbruck
Telefon (08141) 16 305
Telefax (08141) 16 210

<http://www.hasselfeldt.de>